

Niederschrift
über die 5. Versammlung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
im Geschäftsjahr 2018 am 15. Juni 2018 in Frankfurt am Main
Öffentliche Hauptversammlung

Beginn der Sitzung: 15:30 Uhr

Anwesend

Vom Rundfunkrat: Herr Brandes
Herr Dulige
Herr von Boehm-Bezing
Herr Dogruer
Frau Dorn
Herr Fasbender
Herr Freiling
Frau Krippner-Grimme
Herr Gülegen
Frau Isser
Frau Dr. Jungherr
Frau Prof. Dr. Kastell
Frau Kennel
Frau Klär
Herr Machalet
Herr Dr. Rolf Müller
Herr Pilz
Herr Schäfer-Gümbel
Frau Seewald
Herr Prof. Valentin
Herr Dr. Wurzel
Frau Ypsilanti

Vom Verwaltungsrat: Herr Clauss
Frau Gabi
Herr Greilich
Herr Dr. Manderscheid

Niederschrift über die 5. Versammlung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
am 15. Juni 2018 in Frankfurt
Öffentliche Hauptversammlung

2

Vom Hessischen Rundfunk: Herr Intendant Krupp
Frau Holzner
Herr Dr. Janich
Herr Dr. Sommer
Herr Tritschler
Herr Simon
Herr Barz
Herr Hammerschmidt
Frau Müller-Geskes
Frau Henke
Frau Coulon (Protokoll)
Frau Rohr

Von der hr werbung gmbh: Herr Cromm

Entschuldigt: Herr Boddenberg
Herr Dr. Möhrle
Herr Dr. Mathias Müller
Herr Neumann
Herr Ortman
Frau Puttrich
Herr Rudolph
Herr Schneider
Herr Volz
Frau Wolff

Vorsitz: Herr Brandes

Tagesordnung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2017
3. Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2017,

Entlastung des Verwaltungsrats,

Entlastung des Intendanten
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1. der Tagesordnung: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung der öffentlichen Hauptversammlung wird einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende nimmt von Herrn Vogel, der als Gast an der öffentlichen Hauptversammlung teilnimmt, eine Petition mit von diesem gesammelten Unterschriften entgegen. Es geht darin um die Musikauswahl in hr1, hr3 und YOU FM.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung: Jahresbericht des Intendanten und
Jahresrechnung 2017

Herr Krupp stellt seinen Jahresbericht und die Jahresrechnung 2017 vor. Die Rede von Herrn Krupp und die Präsentation zur Jahresrechnung sind dem Protokoll beigelegt (**Anlagen 2 und 3**).

Er erwähnt darüber hinaus einen aktuellen Fall vom heutigen Tag. Auf Twitter habe ein Redakteur der Satirezeitschrift Titanic auf einem Account "hr-Tagesgeschehen" unter Verwendung des hr-Signets eine Anzahl von Falschmeldungen veröffentlicht. Es sei gemeldet worden, Horst Seehofer habe die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU aufgekündigt und Volker Bouffier habe in Aussicht gestellt, die CDU werde zukünftig auch in Bayern zur Wahl antreten.

Der Vorsitzende dankt Herrn Krupp für seinen Bericht. Die Situationsanalyse des Intendanten und sein Ausblick stimmten ihn optimistisch im Hinblick auf die Zukunft des Hessischen Rundfunks. Die Anforderungen an ein modernes Medienhaus werden immer größer. Zur Stärkung des Gemeinwesens und der Demokratie sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk unverzichtbar. Um ihn voranzubringen, sitzen Intendant und Gremien in einem Boot. Schritte zur Crossmedialität seien dabei besonders wichtig. Insofern sei eine positive Entwicklung bereits angestoßen.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache und weist auf Frage eines Besuchers zur Klarstellung darauf hin, dass für Besucher in der öffentlichen Hauptversammlung keine Möglichkeit bestehe, Fragen zu stellen oder

Redebeiträge zu leisten.

Herr Prof. Dr. Valentin dankt dem Intendanten für seine Ausführungen. Es bedürfe einer breiteren Diskussion über die Algorithmen von Facebook und anderer großer Internetunternehmen. Er hebt positiv hervor, dass Herr Krupp die Kritik der Gremien zum Beispiel an der Islamberichterstattung oder der Börsenberichterstattung in seinem Bericht erwähnt habe. Dies zeige, dass die Gremien ihrer Funktion gerecht und von Hausseite dabei unterstützt werden.

Im Hinblick auf die Ausführungen des Intendanten zur Reform des Telemedienauftrags bittet er um Darlegung der zukünftigen Hauspolitik in dieser Frage.

Herr Freiling schließt sich dem Dank an den Intendanten an. Ihm habe besonders die medienpolitische Akzentuierung gegenüber dem schriftlichen Bericht gefallen. Die neuen Regelungen zum Telemedienauftrag bereiteten ihm Sorgen. Er erwähnt dazu konkret den Vorrang für Audios und Videos, die Regelungen zur Verweildauer und zum Sendungsbezug. Texte seien wichtig, allein für die Auffindbarkeit in Suchmaschinen, die mit Schlagwörtern arbeiten. Ein Vorstoß des BR-Intendanten für eine gemeinsame europäische Plattform für Verlage und Sender im Netz sei kritisch diskutiert worden.

Der Intendant führt aus, die mobile Mediennutzung nehme zu. Durch die neuen Regelungen zum Telemedienauftrag haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in diesem Bereich weniger Möglichkeiten als erhofft. In zwei Verhandlungsrunden mit den Zeitungsverlegern sei keine Einigung möglich gewesen. Bisher habe sich die Rechtslage an der Entscheidung des OLG Köln zur Tagesschau-App orientiert. Jetzt habe man mehr Klarheit.

Wichtig sei insbesondere, dass nicht vorgeschrieben worden sei, wie viel Text die öffentlich-rechtlichen Telemedienangebote enthalten dürfen. Sonst hätte man keine Hintergründe mehr darstellen können und auch die Auffindbarkeit in Suchmaschinen wäre beeinträchtigt worden. Auch die Aktualisierung der sendungsbezogenen Angebote sei nach den neuen Regelungen möglich. Für die Herstellung von Audios und Videos im Netz müsse man enormen Aufwand betreiben. Seine Einschätzung zu den neuen Regelungen könne er in dem Satz „Wenn du nicht kriegst, was du liebst, musst du lieben, was du kriegst.“ zusammen fassen. Man müsse sehen, dass die entsprechenden Entwicklungen sich im zeitlichen Umfeld verschiedener Landtagswahlen bewegen.

Die Aufforderung zur stärkeren Verlinkung auf die eigenen Angebote bei der Beauftragung zur Tätigkeit in sozialen Medien komme dem hr entgegen. Presseähnliche Angebote seien auch bisher verboten gewesen.

Der Streit mit den Verlegern habe sehr viel Energie gebunden. Unter anderem deswegen habe er am Ende dem gefundenen Kompromiss zugestimmt.

Frau Dorn bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen des Intendanten. Sie hätte ein negativeres Ergebnis erwartet. Wenn es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht gäbe, müsste man ihn erfinden. Sie fragt, ob sich durch die Bewertungsregeln des BilMoG für den Hessischen Rundfunk auch etwas zum Positiven geändert habe. Außerdem spricht sie die Frage der schwierigen Balance zwischen der Aufklärung von Missständen einerseits und der Skandalisierung andererseits bei der heutigen aufgeheizten politischen Stimmung an. Als Beispiel nennt sie die Sendung de facto.

Herr von Boehm-Bezing erwähnt ebenfalls das BilMoG und die Deckungslücke bei der Altersversorgung. Diesbezüglich sei aus seiner Sicht das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Er fragt, was von der KEF in dieser Hinsicht zu erwarten sei.

Herr Krupp antwortet, die Forderungen der KEF aus dem Jahr 2016 im Hinblick auf den Deckungsstock gingen von einem Zinssatz von 5,25 % aus. Heute liege der Zinssatz unter 4 %. Die KEF habe 0,25 € Rundfunkbeitrag für die Aufstockung des Deckungsstocks bewilligt. Früher seien diese Mittel allen Rundfunkanstalten gleichmäßig zugutegekommen. Heute werde nach Belastung differenziert. Dies führe dazu, dass der hr relativ mehr Geld erhalte. Der hr weist derzeit als einzige ARD-Anstalt negatives Eigenkapital aus. Dieses könne sich bis Ende 2020 auf mehr als 300 Mio. € belaufen. Der Hessische Rundfunk könne den Rundfunkratsmitgliedern gern eine Aufstellung zur Verfügung stellen, wann die Effekte aus dem BilMoG welche Anstalt treffen. Der Deckungsstock betrage 700 Mio. €. Positiv am BilMoG sei ein höheres Maß an Transparenz im Hinblick auf die Altersversorgungslasten. Im öffentlichen Dienst gebe es eine solche Transparenz nicht.

Er führt aus, auch die Talkshows bewegten sich in dem Spannungsverhältnis, dass falsche Nachrichten sich schneller verbreiten als wahre, weil sie interessanter und neuartiger sind. Das Bestreben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müsse dahin gehen, die Wirklichkeit interessant darzustellen. Man

müsse allerdings die Grenze zwischen interessant und unseriös beachten. Die Wirklichkeit werde in der medialen Darstellung verdichtet. Durch Überdramatisierung entstehe ein Dramatisierungseffekt im Hinblick auf die realen Ereignisse. Im ARD-Programmbeirat und im Fernsehausschuss habe es darüber schon mehrfach kontroverse Diskussionen gegeben. Es stelle sich letztlich immer die Frage, ob der Hessische Rundfunk über die Fragen berichte, die die Lebenswirklichkeit der Menschen in Hessen betreffen. Eine große Relevanz für das Alltagsleben der Menschen haben zum Beispiel die Themen Pflege und Generationengerechtigkeit. Für die Menschen im ländlichen Raum sei auch das Thema der Straßenbeiträge bedeutsam. Zwischen Ost und West gebe es noch immer große Mentalitätsunterschiede. Um derartige Themen aufzugreifen, brauche es keine Verordnungen. Vielmehr sei eine offene Diskussion notwendig.

Herr Pilz schließt sich dem Dank an den Intendanten an. Nach seiner Wahrnehmung seien die Kritiker laut und zum Teil auch einflussreich. Er nimmt Bezug auf den Shitstorm, der nach der Ausstrahlung des hr-Beitrags „Malvina, Dia und die Liebe“ im Kinderkanal über den Hessischen Rundfunk hereinbrach. Nach der Tötung eines Mädchens durch ihren Exfreund, einen Flüchtling, in einem Drogeriemarkt im rheinland-pfälzischen Kandel sei noch darüber diskutiert worden, ob eine solche Beziehungstat in den Medien etwas zu suchen habe. Bei der Tötung des Mädchens Susanna in Wiesbaden in einer ähnlichen Konstellation sei dies bereits kein Thema mehr gewesen.

Nach Darstellung des Intendanten sei das operative Geschäft in Ordnung. Es stelle sich demnach die Frage, wie das operative Geschäft zu definieren sei. Ihn interessiere die Entwicklung über die Jahre hin. Er wirft die Frage nach der Risikobewertung im Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO im Hinblick auf die Erlösrelation auf. Der Jahresbericht erscheine ihm ungleichmäßig. Im Hörfunk gebe es kritische Punkte, im Fernsehen nicht.

Herr Krupp führt aus, der Beitrag „Malvina, Dia und die Liebe“ sei sehr ausführlich diskutiert worden. Die Rückendeckung der Gremien sei für die Macher und die Protagonisten dabei sehr wichtig, weil die massiven Angriffe Ängste bei ihnen ausgelöst hätten.

Der Fall Susanna zeige, dass sich die Wahrnehmung der Wirklichkeit verschiebe. So sei im Hinblick auf die Nennung der Nationalität von Tätern der Pressekodex geändert worden. Der Hessische Rundfunk könne nicht an

allgemeinen Tendenzen völlig vorbeigehen. Zum Fall Susanna, der sich in Hessen ereignet habe, habe der Hessische Rundfunk sehr ausführlich berichtet. Daher habe die Berichterstattung entsprechend differenziert ausfallen können.

Auf die Frage von Herrn Pilz zur Risikobewertung antwortet er, die Wirtschaftsprüfer müssten eine derartige Risikobewertung vornehmen. Dies sei Teil der Prüfung. Der Bestätigungsvermerk sei aber uneingeschränkt erteilt worden.

Mit der KEF werde eine große Diskussion darüber geführt, inwieweit die von der KEF berücksichtigten Erlöse tatsächlich zu realisieren seien. Die durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gewährleistete Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei dabei stets zu beachten. Würde die Werbung verboten, fehlten 6-8 % der Einnahmen.

Herr Tritschler erläutert zum operativen Geschäft, das Risiko aus den Kabelrechtsstreitigkeiten realisiere sich dergestalt, dass aus den Rückstellungen die notwendigen Beträge entnommen und die Belastungen jährlich an die KEF gemeldet werden. Beim operativen Geschäft habe der Hessische Rundfunk ein Besseres Ergebnis von 11,8 Mio. € gegenüber den Planungen erzielen können. Man plane aber nicht üppig.

Frau Klär spricht drei Punkte an. Zum einen ermutigt sie zur Transparenz. Da das Vertrauen in die Medien gesunken sei, gelte es Gesicht zu zeigen. Der SR zum Beispiel habe einen Tag der offenen Tür durchgeführt. Es stelle sich die Frage, wie der Hessische Rundfunk mit dem Publikum in Kontakt kommen könne. Sie befürwortet die Idee des Publikumstags.

Zum zweiten solle die Hessenkompetenz gestärkt werden. Sie frage sich, wie dies in Zukunft geschehen solle. Aus ihrer Sicht reiche es nicht aus, überall Studios zu haben, die nur mit einer Person besetzt seien.

Zum dritten freue sie sich, dass die Sendung Hallo Hessen trotz beschränkter finanzieller Mittel erfolgreich sei und spricht sich für deren Fortführung aus.

Herr Krupp nimmt Bezug auf den multimedialen Programmbereich Hesseninformation. Für Reporter würden 187 I-Phones angeschafft, mit denen man in HD-Qualität filmen und in Hörfunkqualität Audios aufnehmen könne.

Technisch gebe es andere Möglichkeiten als früher. Eine einzelne Person könne heute bereits multimedial arbeiten.

Die Fernsehprogrammleiterin sei fest entschlossen, die Sendung Hallo Hessen auch in Zukunft zu finanzieren.

Herr Freiling fragt in Bezug auf die Jahresrechnung nach der Roadmap, die Bestandteil des Haushaltsplans sei. Dort sei die Umwandlung von 33 freien in feste Beschäftigungsverhältnisse ausgewiesen. Er möchte wissen, ob die Roadmap damit vorzeitig abgeschlossen ist.

Durch die Risikobewertung im Lagebericht sieht er sich bestätigt, dass es sich lohne, noch genauer hinzuschauen. Er spricht einen Betrag von 765.000 € aus der Eckpunktevereinbarung mit der Produzentenallianz unter dem Stichwort Urheberrecht an. Zu den Risiken aus der ARD-Strukturreform finden sich im Bericht dagegen nur zwölf magere Zeilen. Im Hinblick auf die Jahresrechnung stelle er sich die Frage, ob ein großer Teil des Besserergebnisses darauf zurückgehe, dass Investitionen in Sachanlagen zurückgefahren worden seien. Falls dies so sei, mache ihm das Sorgen.

Sofern die Verfahren über den Rundfunkbeitrag vor dem Bundesverfassungsgericht zu Einnahmeverlusten führten, müsse die Politik diese Verluste ausgleichen.

Herr Prof. Dr. Valentin hebt die Berichterstattung über den Fall Susanna im allgemeinen und insbesondere die Hörfunksendung "Der Tag" vom 11.06. darüber positiv hervor.

Herr Krupp bestätigt, die Roadmap werde erfüllt. Allerdings verändere sich die Medienwelt. Deswegen habe man bei der Besetzung der Stellen länger gebraucht.

Zur Risikobewertung sei man kontinuierlich mit den Wirtschaftsprüfern im Gespräch. Der Hessische Rundfunk sei bei der Risikobewertung an die rechtlichen Vorgaben des HGB gebunden, was mit dem Wirtschaftsprüfer regelmäßig auch überprüft werde, und dürfe daher nicht jedes erdenkliche Risiko, unabhängig von seiner erwarteten Eintrittswahrscheinlichkeit durch Rückstellungen abdecken. Bei den Kabelrechtsstreitigkeiten sei das tatsächliche Risiko trotz umfangreicher Prüfung durch sämtliche Fachleute

vorab nicht abzusehen gewesen. Im Bereich des Urheberrechts seien die Risiken zum heutigen Zeitpunkt teilweise noch nicht abschätzbar. Bilde der hr vorsorglich Rückstellungen, schwäche dies möglicherweise die Verhandlungsposition gegenüber der Produzentenallianz. Die Planungen zur ARD-Strukturreform werden sich erst im Lauf des Jahres 2018 konkretisieren, so dass kontinuierlich eine Beurteilung möglicher Risiken erfolgt. In Zukunft werden die entsprechenden Effekte Jahr für Jahr berücksichtigt. Die Effekte aus der SAP-Prozessharmonisierung werden gegenüber der ursprünglichen Planung nach neueren Erkenntnissen erst später relevant. Bei der Risikobewertung dürfen die Wirtschaftsprüfer nicht berücksichtigen, dass durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts möglicherweise geringere Beitragseinnahmen anfallen; dafür lägen keinerlei Anhaltspunkte vor. Für den notwendigen Investitionsbedarf sind hinreichend Mittel vorgesehen. Auch wenn sich Beschaffungsmodelle änderten, z. B. zunehmende Miete von Soft- und Hardware, sei immer noch ein gewisser Grundbedarf an Investitionen vorhanden. Demnächst stehe auch eine Reihe von Investitionen an.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung: Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2017, Entlastung des Verwaltungsrats, Entlastung des Intendanten

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Vorlage 12 d) Bericht und Beschlussvorschlag zur Jahresrechnung 2017 und bittet den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Herrn Clauss, um seine Ausführungen dazu.

Herr Clauss legt in seiner Rede zum Jahresbericht und Jahresabschluss 2017 dar, die vorhergehenden Berichte haben gezeigt, in welche Richtung sich die medienpolitische Diskussion entwickle. Es gebe dezidierte Gegner des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Politik und sie werden immer lauter. Er teile die Auffassung von Herrn Freiling, die Gremien müssten sich dazu positionieren. Sie müssten stärker nach außen vertreten, wie wichtig der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei. Um seinen Auftrag der Herstellung von Programmen und Telemedienangeboten zur Gewährleistung freier, individueller und öffentlicher Meinungsbildung erfüllen zu können, müsse er angemessen ausgestattet werden. Die Entwicklungen in Polen, Ungarn und Österreich zeigten, dass die Demokratie nicht funktioniere, wenn es keinen

unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gebe. Man müsse sich auf die Situation vorbereiten, dass sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bisher immer sehr gestützt und ihm neben einer Bestands- auch eine Entwicklungsgarantie zugesprochen habe, einmal ändere. Dies könne bei dem anstehenden Generationswechsel bei den zuständigen Richtern leicht passieren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk brauche verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen. Der neu gefasste Telemedienauftrag sei aus seiner Sicht nicht vertretbar. Er halte es für eine Illusion, die Verleger könnten ihre Probleme durch Bekämpfung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks lösen. Die wahren gemeinsamen Konkurrenten säßen in den USA.

Risiken sehe er einmal im Bereich des Kartellrechts. Es stelle sich die Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit der staatsvertraglichen Regelung zurechtkomme. Zum anderen sei die Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gefährdet. Dies halte er ordnungspolitisch für die Wirtschaft für nicht vertretbar. Die KEF habe sich bereits dahingehend geäußert, dass der Rundfunkbeitrag um 1,50 € erhöht werden müsse, wenn die Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abgeschafft werde.

Herr Clauss bedankt sich für die gute Zusammenarbeit beim Vorsitzenden des Rundfunkrats, beim Intendanten und der Geschäftsleitung. Hauptaufgabe des Verwaltungsrats sei die Überwachung der Geschäftsführung des hr und die Überprüfung der vom Haus aufgestellten Haushaltspläne und Jahresrechnungen. Dieser Aufgabe sei der Verwaltungsrat in 10 Sitzungen nachgekommen und habe dabei erfreulicherweise immer einen Konsens herbeiführen und einvernehmliche Beschlüsse fassen können. Der Verwaltungsrat habe im vergangenen Jahr bei der Genehmigung von Investitionen die Risiken aus dem ARD-Strukturprozess jeweils mit einbezogen. Grundlegend sei ein Gutachten über die Liegenschaften des hr und die Möglichkeiten zu deren Nutzung bzw. Verwertung gewesen. Der Verwaltungsrat habe die Ausbildungsleistungen des Hessischen Rundfunks insbesondere im Bereich des Casinos sowie die hohe Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten gewürdigt. Das negative Eigenkapital betrage inzwischen 96,6 Mio. €. Dies zeige, dass der Rundfunkbeitrag erhöht werden müsse.

Im Anschluss berichtet der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Fasbender, über die gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Verwaltungsrats und des Finanzausschusses des Rundfunkrats am 08.06.2018

mit dem Schwerpunktthema Jahresrechnung 2017. Diese habe der Betriebsdirektor erläutert. Die Vertreter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO hätten ausführlich über die von ihnen durchgeführte Jahresabschlussprüfung vorgetragen und den Prüfbericht mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Betriebsdirektor habe über die wesentlichen Entwicklungen der Kostenträgerrechnung und den Haushaltsplan nach Direktionen 2017 berichtet. Diese habe der Ausschuss intensiv beraten. Die Altersversorgung stelle die Achillesferse der Finanzlage des hr dar. Intensiv habe der Ausschuss die bestehenden Risiken diskutiert. Die Wirtschaftsprüfer setzten sich damit sehr intensiv auseinander. Alle Fragen der Ausschussmitglieder seien von den Wirtschaftsprüfern sowie vom Intendanten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses souverän beantwortet worden. Anerkennend habe der Ausschuss zur Kenntnis genommen, dass das operative Ergebnis positiv ausgefallen sei.

Auf Empfehlung des Finanzausschusses fasst der Rundfunkrat einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Der Rundfunkrat bestätigt die Abrechnung des Etats für die Geschäftsstelle des Rundfunk- und Verwaltungsrats und erteilt dem Vorsitzenden des Rundfunkrats gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rundfunkrats für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung.**

- 2. Der Rundfunkrat genehmigt die Jahresrechnung 2017 einschließlich der in dieser Vorlage dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben nach TZ 2.9.4.2 der Finanzordnung.**

- 3. Der Rundfunkrat genehmigt den Jahresbericht des Intendanten des Hessischen Rundfunks in der vorgelegten Form.**

- 4. Der Rundfunkrat erteilt dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung.**

- 5. Der Rundfunkrat erteilt dem Intendanten für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung.**

**Niederschrift über die 5. Versammlung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
am 15. Juni 2018 in Frankfurt
Öffentliche Hauptversammlung**

13

Zu Punkt 4. der Tagesordnung: Verschiedenes

Hierzu liegt nichts vor.

Schluss der Sitzung: 17:30 Uhr

gez. Harald Brandes

Anlagen

**Sitzungstermine 2018
des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
und seiner Ausschüsse**

Rundfunkrat:	10. August 2018	14.00 Uhr
	14. September 2018	14.00 Uhr
	26. Oktober 2018	14.00 Uhr
	14. Dezember 2018	15.00 Uhr (anschließend Weihnachtessen)
Workshops mit dem Verwaltungsrat	28. September 2018	10.00 Uhr
Programmausschuss Fernsehen	13. August 2018	14.30 Uhr
	24. September 2018	14.30 Uhr
	29. Oktober 2018	14.30 Uhr
Finanzausschuss	06. August 2018	10.00 Uhr (Jahresrechnungen der GSEA)
	02. November 2018	10.00 Uhr (Haushaltsplan des hr)
	07. Dezember 2018	10.00 Uhr (Wirtschaftspläne der GSEA)
Programmausschuss Hörfunk	16. August 2018	14.30 Uhr
	20. September 2018	14.30 Uhr
	15. November 2018	14.30 Uhr
Telemedienausschuss	18. September 2018	14.30 Uhr
	20. November 2018	14.30 Uhr

Jahresbericht 2017
Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrats am 15.06.2018

Lieber Herr Brandes, lieber Herr Clauss,
liebe Mitglieder der Gremien,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

„Wir sind Deins“. Mit diesem Slogan hat die ARD diese Woche eine public value Kampagne gestartet. „Wir sind Deins“. Das ist ein Versprechen an die Gesellschaft in Deutschland. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört nicht irgendwelchen Interessensgemeinschaften oder aber dem Staat, er gehört den Menschen in diesem Land. Er bietet ihnen Bildung, Kultur, Information und Unterhaltung. Aber darüber hinaus bietet er noch ein zentrales Sehnsuchtsmoment – er bietet Gemeinschaft!

Manche halten das für einen verwegenen Anspruch, aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist mit seiner wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit gegründet worden, als Angebot für eine umfassende Öffentlichkeit, die alle Menschen ansprechen soll. Wir erreichen sie in den Köpfen, aber auch im Herzen.

(Video)

Manche werden sagen, was soll denn das, ist der Intendant jetzt verrückt geworden? Nein, keineswegs. Diese Bilder haben für mich eine ganz besondere Symbolkraft. Ich habe bei meiner Antrittsrede als Intendant hervorgehoben, dass wir gleichermaßen einen Informations- wie einen Integrationsauftrag haben. Diese Bilder zeigen, welche Sehnsucht Menschen nach Momenten der Gemeinsamkeit in einer immer zerklüfteteren Gesellschaft haben. Da spielt es keine Rolle, dass der Profi-Fußball ein hochkommerzielles Geschäft ist - hier geht es um menschliche Urmuster. David gegen Goliath, Bayern München gegen Eintracht Frankfurt. Zusammenstehen – in den Momenten der größten Herausforderung. Alle schaffen etwas gemeinsam, egal welche Herkunft, Bildung und Hautfarbe einzelne Spieler haben, egal wenn Einzelne schwächer sind. Gemeinsam sind sie stark, gemeinsam sind sie ein Team und können das Unmögliche möglich machen. Und wir waren es, die dies in Hörfunk, Fernsehen und online vermittelt haben. Wir haben dieses Ereignis für die Menschen, die nicht vor Ort waren, nach Hause gebracht. Dabei haben wir nicht nur hohe Zuschauerzahlen sondern auch eine enorme Reichweite im Netz erzielt. Und es bedarf eines regionalen Angebots, um ein solches Ereignis in allen Facetten abbilden zu können. Dieser Tag hat wieder einmal bewiesen, dass die Menschen in Hessen unser Angebot wählen, wann immer ein Ereignis für sie persönlich wichtig ist.

Beispiel 2: Die Bombenentschärfung im vergangenen Jahr.

Video

Noch nie hatten wir im Fernsehen eine so hohe Sehbeteiligung. Die Menschen haben unseren Einsatz honoriert und gezeigt, dass sie verlässlich informiert werden wollen und zwar bei uns und durch uns.

Dieser Tag der Bombenentschärfung hat noch etwas anderes bewiesen, nämlich dass der hr mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Lage ist, schnell und unkonventionell für seine Nutzerinnen und Nutzer zu handeln. An diesem Tag musste jeder Einzelne Verantwortung übernehmen, Hierarchien waren nebensächlich und Kreativität war ebenso gefordert wie absolute Verlässlichkeit. Dieser Tag gibt uns Optimismus bei allen Herausforderungen der nächsten Jahre. Und diesen Optimismus brauchen wir auch. Denn während die Bombe nur ein Eintagesereignis war, wälzt die Digitalisierung alle Bereiche des täglichen Lebens um. Vorreiter ist in vielen Dingen die Medienwelt und wir sind ein Teil davon. Die größte Herausforderung ist es vielleicht, unseren Auftrag aktiv zu gestalten, obwohl die Ungewissheit in den Zeiten der Digitalisierung ständig wächst. Das fordert von uns große Veränderungen. Wir müssen uns immer wieder in Frage stellen und neu justieren, um unsere Zukunft aktiv zu gestalten. Nicht zu Unrecht sagt man heute: Die Zukunft ist da, wo die Gewissheit aufhört.

Doch auch, wenn der Weg heute noch nicht klar zu sehen ist – eines wissen wir genau – wir müssen uns stärker multimedial aufstellen.

Wir haben das im vergangenen Jahr mit mehreren medienübergreifenden Projekten gemacht, beispielsweise zum Reformationstag. In wenigen Wochen geht der neue trimediale Programmbereich HessenInformation an den Start. Hier arbeiten Menschen zusammen, die bislang vor allem auf ihre Medien Hörfunk, Fernsehen und Online konzentriert waren und die jetzt im Alltag medienübergreifend denken und handeln sollen. Und das ist alles andere als ein Selbstzweck! Wir verbessern damit unser Angebot für die Menschen in Hessen: Eine breitere Auswahl an Themen und mehr Qualität!

Denn: Die Menschen brauchen uns – und sie nutzen uns auch! Genau das hat eine neue Reichweitenstudie der ARD gezeigt.

(Grafik 4) Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erreicht wöchentlich rund 95 % der Bevölkerung. Täglich nutzen über 82 % der Deutschen öffentlich-rechtliche Angebote, dabei nutzen 80 % ein Angebot der ARD.

(Grafik 5) Und es ist eine Bestätigung unserer föderalen Struktur, dass wir mit den regionalen Angeboten sowohl wöchentlich als auch täglich mehr Menschen erreichen als mit nationalen. Das zeigt, wie wichtig die Kombination von regional orientiertem Hörfunk, Fernsehen und Onlineangebot ist. Nun wird mancher sagen, kein Wunder, da geht es vor allem um Sport oder um Unterhaltung. Unterschätzen Sie die

Menschen in unserem Land nicht (Grafik 6). Jeden Tag erreichen wir als öffentlich-rechtlicher Rundfunk 75 % der Bevölkerung mit aktueller, politischer Information und selbst bei den Menschen, die in irgendeiner Art und Weise nicht zufrieden sind mit unserer Demokratie, erreichen wir deutliche Mehrheiten. Wir können auch zum Gegengewicht von Überdross und Wirklichkeitsverleugnung werden.

Grundlage für all unsere Leistungen an die Gesellschaft ist der von den Menschen erbrachte Rundfunkbeitrag. Sie können dafür wirtschaftlich verantwortliches Handeln erwarten und Transparenz bei den Einnahmen und Ausgaben. Das gilt auch für Jahre, in denen ein Jahresabschluss auf den ersten Blick nicht so erfreulich erscheint. (Grafik 7) Wir hatten für das Jahr 2017 mit Erträgen in Höhe von 504,6 Mio. Euro geplant und mit Aufwendungen in Höhe von 566,3 Mio. Euro. Im Jahresabschluss können wir eine leichte Verbesserung feststellen. Mit einem negativen Ergebnis von rund 59 Mio. Euro liegen wir 3 Mio. Euro besser als geplant. Einen wichtigen Anteil haben dabei die guten Werbeeinnahmen. Das zeigt, wie unverzichtbar der Finanzierungsbeitrag der Werbung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist.

Niemand verkündet gerne einen negativen Jahresabschluss. Im letzten Jahr standen hier noch schwarze Zahlen, aber nur, weil durch eine Gesetzesänderung der Zeitraum für die Berechnung des Referenzzinses verlängert wurde. (Blendfolie) Hierauf hatte ich im vergangenen Jahr bereits hingewiesen. Ein Einmaleffekt, der jetzt schon verpufft ist! Wir mussten 2017 67,4 Mio Euro mehr in die Rückstellungen für die Altersversorgung einbringen als noch im Vorjahr. Vor diesem Hintergrund ist es ganz besonders erfreulich, dass wir mit den Gewerkschaften einen Tarifvertrag zur Deckelung der Kosten für die Altersversorgung aushandeln konnten. Ich will den Gewerkschaften ausdrücklich für ihre Flexibilität und ihr Entgegenkommen bei diesem Thema danken, weil wir, ehrlich gesagt, außer der öffentlichen Meinung kein Druckmittel in der Hand hatten. Wir haben damit auch einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit geleistet. Gleichzeitig haben wir einen Tarifvertrag für die Zukunft abgeschlossen. Hier decken die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Altersversorgungsrisiko selbst ab. Von solchen Regelungen ist der öffentliche Dienst noch weit entfernt.

Wir mussten in einem ganz entschiedenen Punkt unsere Planungen revidieren. Nämlich bei den Belastungen durch die Kabeleinspeisung. Wir hatten vor Jahren die entsprechenden Verträge gekündigt und null Euro an Kosten angesetzt. Über 20 Gerichtsentscheidungen haben uns in unserer Rechtsauffassung bestätigt, darunter mehrere Urteile von Oberlandesgerichten. Erst der Bundesgerichtshof legte eine abweichende kartellrechtliche Bewertung zugrunde. Auf dieser Grundlage musste sich das OLG Düsseldorf nochmals mit der Sache beschäftigen und kam zu dem Ergebnis, dass die Vertragskündigung kartellrechtswidrig war und die ursprünglichen Verträge fortwirken. Wir waren gezwungen, eine andere Risikoabschätzung vorzunehmen und 15 Mio. Euro zurückzustellen – eine erneute Belastung für den Etat 2017. Wir haben Anfang des Jahres einen Vergleich mit den Kabelnetzbetreibern geschlossen und damit zumindest wieder Planungssicherheit gewonnen.

Weil uns die Niedrigzinsphase und die Auswirkungen des Bilanzrechts-Modernisierungsgesetzes, kurz BilMoG, weiterhin wachsendes negatives Eigenkapital bescheren werden, haben wir zuletzt den Blick vor allem auf die Liquidität gerichtet (Grafik 8). Die freie Liquidität ist 2017 auf 136 Mio. Euro gestiegen. 7,1 Mio. Euro liquider Mittel mussten wir auf ein Sperrkonto einzahlen. Das entspricht jenen 30 Cent, um die der Rundfunkbeitrag entgegen der KEF-Empfehlung vor 2 Jahren nicht gesenkt wurde, die wir aber zunächst bis Ende 2020 nicht verwenden dürfen. Gleichzeitig konnten wir auf die in der letzten Beitragsperiode gesperrten Mehrbeiträge zurückgreifen. So erklärt sich dieses Ergebnis. (Blendfolie)

Lassen Sie mich an dieser Stelle doch noch einmal drauf hinweisen, dass wir operativ gut gewirtschaftet haben, aber die Wirkungen des Bilanzrechts-Modernisierungsgesetzes nicht auffangen konnten. Durch diese Gesetzesänderung haben sich bislang rund 290 Mio Euro an zusätzlichen Belastungen ergeben. Hätten wir heute noch die Bewertungsregeln wie vor dem BilMoG, könnten wir ein positives Anstaltskapital von fast 200 Mio Euro ausweisen. Früher einmal gab es eine Vorgabe des Verwaltungsrates für ein Eigenkapital von 25 Mio Euro. Aber das ist Schnee von gestern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht nur allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, dass sie selbst unter schwierigen Bedingungen am Sparkurs festgehalten sondern ihn auch konsequent umgesetzt haben. Die Kontrolle durch den für Finanzen zuständigen Verwaltungsrat und die kritische Begleitung des Rundfunkrats waren dabei eine wichtige Unterstützung. Dementsprechend (Grafik 9) haben die Abschlussprüfer der BDO uns für das Geschäftsjahr 2017 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Etat ist kein Selbstzweck, sondern er dient dazu, ein breites und umfassendes Programmangebot für die Menschen national und regional zu erstellen. Dabei befinden wir uns in einem Konkurrenzumfeld mit kommerziellen Anbietern und einer immer weiter sich spreizenden Mediennutzung. (Grafik 10) Im Hörfunk haben sowohl der Hessische Rundfunk als auch die FFH-Gruppe Einbußen hinnehmen müssen. Allerdings muss man auch darauf hinweisen, dass der hr mit seinen Wellen insgesamt im langfristigen Schnitt liegt. Schaut man (Grafik 11) auf die einzelnen Wellen, dann gibt es deutliche Verluste für hr1 und hr4 ebenso wie für Hitradio FFH. Erfreulich, hr3 legt ebenso erneut zu wie hr-iNFO. Unsere Infowelle hat sich damit im bundesweiten Vergleich zum zweiten Mal an die Spitze aller Inforadios im jeweiligen Sendegebiet gesetzt.

Wie sehr die Menschen unseren Informationsangeboten vertrauen (Grafik 12) zeigt im Fernsehen der Blick auf die Hessenschau. Sie liegt weiter auf Rekordkurs und erreicht im Schnitt mehr als 22 % Marktanteil in Hessen. (Grafik 13) Das hrfernsehen insgesamt kam 2017 auf einen Marktanteil von 5,6 %, das ist noch einmal ein deutlicher Verlust. Aber das erste Halbjahr 2018 kann vorsichtig optimistisch

stimmen. Insbesondere „Hallo Hessen“ hat deutlich zugelegt hat. Damit ist wieder eine leichte Marktanteilssteigerung auf 5,8 % zu verzeichnen.

Ein Teil der Mediennutzung (Grafik 14) verlagert sich noch stärker auf die Webseiten und Apps des hr. Hier haben wir eine erneute Steigerung bei den beiden Währungseinheiten Visits, also Nutzungsvorgängen, und Seitenaufrufen, auch Page Impressions genannt.

Damit zahlt sich der Online-Relaunch aus und auch der Start der neuen Hessenschau-App in der zweiten Hälfte 2017.

(Blendfolie)

Dringend überholungsbedürftig sind unsere vielgenutzten Radio-Apps – inhaltlich, technisch und grafisch. Hier hat der Verwaltungsrat in diesem Jahr die Mittel für eine deutliche Überarbeitung freigegeben. Insgesamt müssen wir mit unseren digitalen Angeboten noch schneller und flexibler werden. Wir dürfen nicht mehr in den Kategorien der alten Verbreitungswege und der klassischen Mediengattungen denken, auch wenn diese noch die meisten Menschen erreichen. Das Ziel müssen digitale Produkte für unterschiedliche Ausspielwege sein. Nur so können wir gegen international agierende Plattformen ein Gegengewicht bilden, die Inhalte und Leistungen anderer kostenfrei abgreifen und darauf ihr Geschäftsmodell aufbauen. Deshalb sind manche Streitpunkte mit den Zeitungsverlegern so etwas wie Relikte aus der rein analogen Steinzeit. Wir haben ein gemeinsames Interesse, dass die Menschen in Deutschland einen möglichst breiten Zugang zu gut recherchierten Geschichten und umfassenden Informationen erhalten. Deshalb erneuere ich mein Angebot an die Hessischen Zeitungsverleger, auf unsere Videos zurückgreifen zu können und auch wir selbst werden unsere Angebote noch stärker mit Audios und Videos versehen. Gestern haben sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf den Entwurf eines neuen Telemedienauftrags geeinigt. Wir haben ihn trotz vieler Bedenken und großer Bauchschmerzen akzeptiert. Diese Einigung kam zustande, obwohl wir glauben, dass eine Schwächung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks keinem einzigen Verlag in Deutschland auf Dauer helfen wird. Ein Blick nach Amerika genügt. Dort gibt es, wie Ministerpräsident Bouffier bei dem Treffen der Hessischen Zeitungsverleger treffend feststellte, die gleichen Probleme aber so gut wie keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Keiner Zeitung wird es besser gehen, wenn es uns schlechter geht. Jetzt können wir uns noch stärker auf unsere eigentliche Aufgabe konzentrieren, nämlich Qualitätsjournalismus und eine Alternative zu den internationalen Plattformbetreibern bieten.

Wie Marktmacht auf einmal die Wirklichkeit zu verändern scheint, haben wir alle erlebt, als Facebook Anfang des Jahres seinen Algorithmus änderte. Auf einmal wurden seriöse Medien, aber auch gemeinnützige und staatliche Institutionen in ihrer Wertigkeit herabgestuft. Laut Facebook soll der Inhalt als vertrauenswürdiger gelten, der von Freunden gepostet wird. Wenn man Filterblasen verstärken und wichtige Wirklichkeitselemente ausblenden will, dann ist das der richtige Weg. Wir aber wollen genau das Gegenteil. Wir gehören der Gesellschaft und wir müssen eine um-

fassende Öffentlichkeit für die gesamte Gesellschaft herstellen. Der frühere Chef der Landesmedienanstalt NRW hat kürzlich im Tagesspiegel einen zentralen Satz formuliert: „Eine Gesellschaft, die nicht auf der Basis von Lug und Trug leben möchte, lebt von solchen Agenturen für Wirklichkeit“. Und der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in seinen Augen eine dieser Agenturen, weil er politisch und wirtschaftlich unabhängig ist. Und er fährt fort: „Wohl das größte und folgenreichste Defizit, unter dem der öffentlich-rechtliche Rundfunk derzeit leidet, ist die Ahnungslosigkeit seines Publikums in der Frage, wem dieser Rundfunk gehört Das Publikum besitzt etwas und weiß es nicht.“ Wir haben allen Grund, unsere Angebote und Leistungen offensiv zu kommunizieren. Wir haben uns gerade bei einem Aktionstag im Hessischen Rundfunk mit den Hauptvorwürfen unserer Kritiker auseinandergesetzt. Wir haben für einen Publikumstag in der kommenden Woche unsere Hörerinnen und Hörer, unsere Zuschauerinnen und Zuschauer, unsere Nutzerinnen und Nutzer in den Sender eingeladen, um aktiv Programm mit zu begleiten und mit zu gestalten. Wir haben das hr-Journal eingestellt, um stattdessen in sozialen Netzwerken als Institution stärker in den Dialog treten zu können. Wir müssen, auch wenn es um uns selbst geht, noch stärker ins Gespräch mit der Gesellschaft eintreten und mit den Menschen, die uns tragen.

So absurd es scheint hat die Diskussion um sogenannte Fake-News unserem Anliegen sogar genutzt. Auf einmal fragen Menschen nicht nur danach, was hinter einer Nachricht steckt, sondern auch wer. Und wir haben das Gegenmittel, nämlich sorgfältige Recherche und die schnelle Nachricht, ergänzt durch differenzierten Hintergrund. Eine Twitterstudie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) kommt zu dem Ergebnis, Fake-News sind spannender als die Wahrheit. Ein unwahrer Inhalt habe eine um 70 % höhere Wahrscheinlichkeit weiter verbreitet zu werden, weil er spannender und neuartiger auf die Nutzerinnen und Nutzer wirke. Gleichzeitig verbreiteten sie stärker Angst und Ekel. Wir müssen es schaffen, dass wir die Wirklichkeit so aufbereiten, dass sie interessanter ist als die Fälschung, d. h. dass wir auf der einen Seite keinerlei Abstriche machen dürfen am Anspruch von journalistischem Handwerk und umfassender Berichterstattung. Auf der anderen Seite müssen wir die Informationen so aufzubereiten, dass sie die Menschen auch tatsächlich erreichen – inhaltlich, aber auch technisch. Nichts anderes meint der Begriff der Nutzerorientierung, den wir in einem Papier zur digitalen Zukunft des hr formuliert haben.

Dabei haben wir auch im Hessischen Rundfunk eine gute Grundlage. Unsere Stärken liegen in unserer Kompetenz und in unserer Glaubwürdigkeit. Gerade in einer immer unübersichtlicheren Welt suchen Menschen danach. Sie suchen nach Medien und Institutionen, denen sie vertrauen können. (Grafik 15) Dass das Vertrauen in die Medien wieder gestiegen ist, haben verschiedene Untersuchungen in jüngster Zeit bestätigt und wir können belegen, dass dies auch für den Hessischen Rundfunk zutrifft.

79 % bestätigen uns, dass wir uns für unser Publikum interessieren (hier in hellblau). 89 % nehmen wahr, dass wir das tagesaktuelle Geschehen abbilden. In den Kategorien, der hr bietet für jeden etwas und bietet Unterhaltung, haben wir uns im

Vergleich zu 2016 verbessert, aber nicht wieder das Niveau von 2013 erreicht. Und schauen wir einmal darauf, was das für das Image des Hessischen Rundfunks bedeutet, dann haben wir aktuell in fast allen Kategorien Top-Werte. (Grafik 16) 77 % sagen, der hr ist sein Geld wert. 74 % sagen, er vermittelt die Werte der Gesellschaft. Aber der absolute Top-Wert mit 87 % bildet die Kategorie: der hr bietet zuverlässige und glaubwürdige Informationen. (grüner Einschub) Die Glaubwürdigkeitsdelle, die auch wir nach der Kritik bei der Flüchtlingsberichterstattung erleben mussten, besteht nicht mehr. Das zeigt, die Menschen in Hessen sagen zu recht zu unserem Angebot „Das ist meins“.

(Blendfolie)

Dafür kann ich auch im Kulturbereich noch viele Beispiele anfügen. Und deshalb habe ich für diejenigen, die sich über mein Fußballbeispiel immer noch ärgern, jetzt ein ganz anderes Video vorbereitet.

(Video)

Das gewaltige Interesse am Europa Open Air mit dem hr-Sinfonieorchester und der hr-Bigband zeigt, dass wir den Anspruch einlösen, den der gerade verstorbene Hilmar Hoffmann treffend formuliert hat: „Kultur für alle“. Dazu gehören auch viele Projekte der Klangkörper in Schulen und mit Hochschulen, die neue Orchesterakademie aber auch unsere Hörspiele und Fernsehfilme, unsere Radiofeatures und Fernsehdokumentationen, unsere Beiträge für arte, 3sat oder funk, das junge Angebot im Netz - und nicht zu vergessen Online-Angebote (Grafik 17) wie das preisgekrönte special „Die mit den Händen tanzt“ über eine Gebärdendolmetscherin, die Musik für Gehörlose erlebbar macht.

(Endfolie)

Das ist kein Luxus oder „nice to have“, sondern ein elementarer Beitrag zu gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt. Wer diese Vielfalt will, muss dann aber auch eine angemessene Finanzierung ermöglichen. Wir haben deshalb ganz bewusst der Politik keine Vorschläge zur Streichung von Programm gemacht, weil Programm der Kern unseres Auftrags ist. Wenn die Politik wirklich einen anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunk will, dann müsste SIE diesen Auftrag verändern. Manche wollen uns auf das reduzieren, was unsere kommerziellen Konkurrenten nicht liefern, um damit deren Defizite auszugleichen. Das widerspricht eindeutig der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, das uns immer den Auftrag gegeben hat, möglichst viele Menschen zu erreichen, weil wir eine der tragenden Säulen der Demokratie sind. Auch die Sparten Information und Kultur würden drastisch verlieren, wenn es nicht auch noch andere Zugpferde gibt. Ich glaube, dass gerade die Breite unseres Angebots auch Teil seiner Qualität ist und damit ein unverzichtbarer Beitrag für gesellschaftliche Vielfalt und Partizipation. Schauen Sie bloß nach Polen, Ungarn oder aber Italien und den Niedergang der politischen Kultur in diesen Ländern. Er ist unlösbar verknüpft mit der Beschneidung oder sogar Eliminierung eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Für den lohnt es sich zu kämpfen.

Wir haben hier im vergangenen Jahr eine große Rückendeckung durch Sie, die Mitglieder des Rundfunk- und des Verwaltungsrats erfahren, sie repräsentieren die Gesellschaft in Hessen und üben für sie ihre Kontroll- und Beratungsfunktion aus. Wir haben in vielen Feldern kontroverse und kritische Diskussionen geführt, etwa um Gewinnspiele im Hörfunk, um Aspekte der Islamberichterstattung, um das Verhältnis von Börsen- und Wirtschaftsberichterstattung bis hin zur Musikauswahl im Hörfunk. Aber sie waren immer getragen von dem Ansatz, aus Fehlern zu lernen und das Programm weiter zu verbessern. Mein Dank gilt auch der Personalvertretung für ihre kritische Begleitung aller Umbruchprozesse, weil nur motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Veränderungen gestalten und mittragen können.

Denn so wie die Medienwelt sich immer rasanter neu gestaltet, müssen wir uns immer wieder hinterfragen und verändern. Der Schlüsselbegriff hier lautet „Vertrauen“. ArminTrost, Professor für Human-Ressource-Management, hat das so formuliert: „Vertrauen reduziert Komplexität.“ Wir brauchen nach innen eine Vertrauenskultur, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Spielräume für Kreativität und Entscheidungen ermöglicht und ihnen die Chance gibt, aus Fehlern zu lernen. Gleichzeitig ist Reduktion von Komplexität die Kernaufgabe des guten Journalismus und zwar so, dass Wirklichkeit dabei nicht verfälscht sondern verständlicher wird. So gewinnen wir das Vertrauen unserer Nutzerinnen und Nutzer. „Wir sind deins“. So banal der Satz auf den ersten Blick klingt, dahinter steckt ein gewaltiger Anspruch – Verpflichtung und Versprechen.

Der Auftrag des Gesetzgebers an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk: bilden, informieren und unterhalten, ist aktueller denn je. Wenn wir diese drei Begriffe immer wieder verknüpfen mit Kompetenz, Glaubwürdigkeit und Vertrauen, ist mir nicht bange um unsere Zukunft. Ich bin sicher, es lohnt sich Tag für Tag einzutreten für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der alle Teile der Gesellschaft anspricht und mit ihnen im Dialog ist. Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der dazu beiträgt, dass Konflikte offen aber auch lösungsorientiert ausgetragen werden können. Der Hessische Rundfunk, der seinen Teil leistet für eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft. Das meint „Wir sind Deins“.

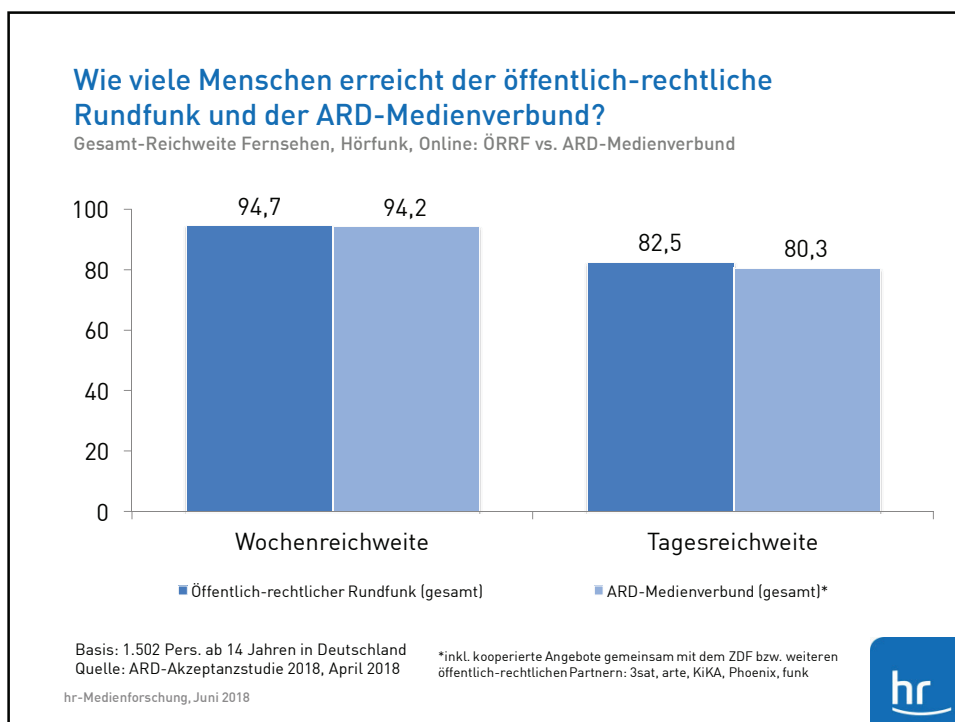
Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates
Frankfurt am Main, 15. Juni 2018

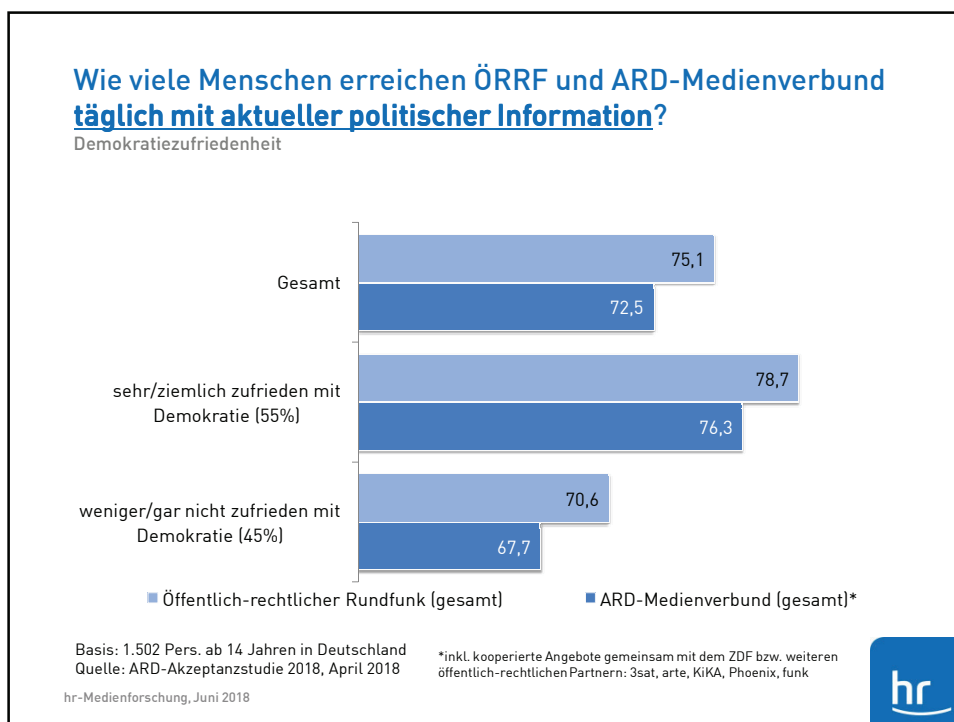
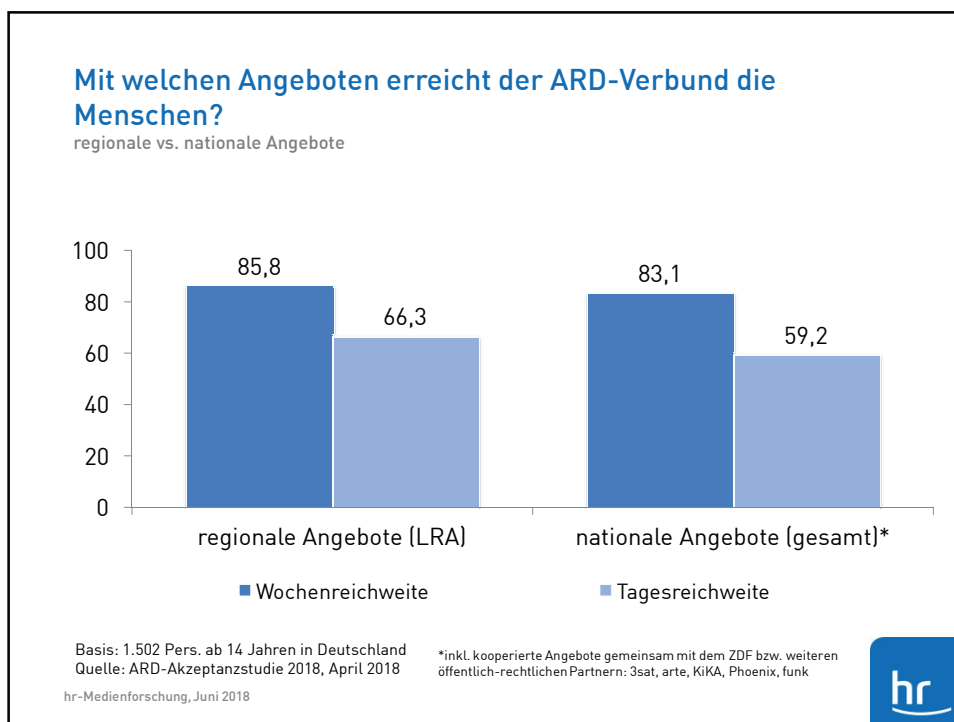
Jahresabschluss 2017

hr

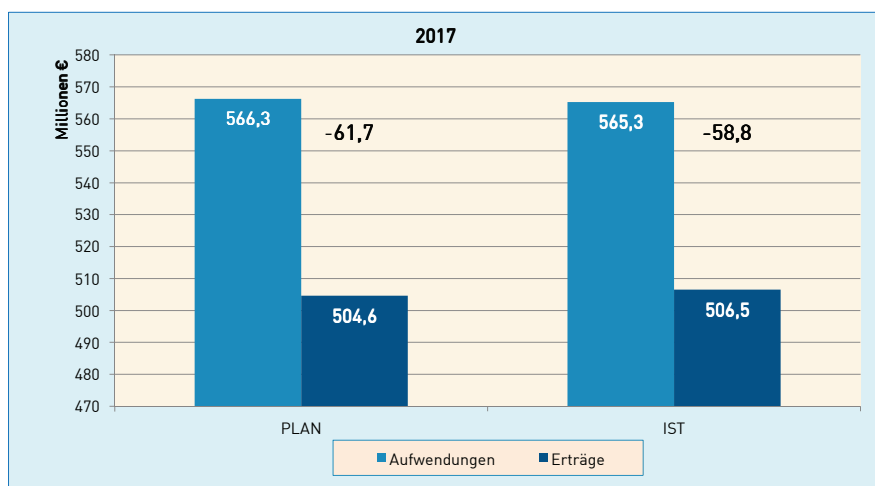
Video: Zusammenschnitt Empfang von Eintracht
Frankfurt nach dem DFB-Pokalfinale

hr





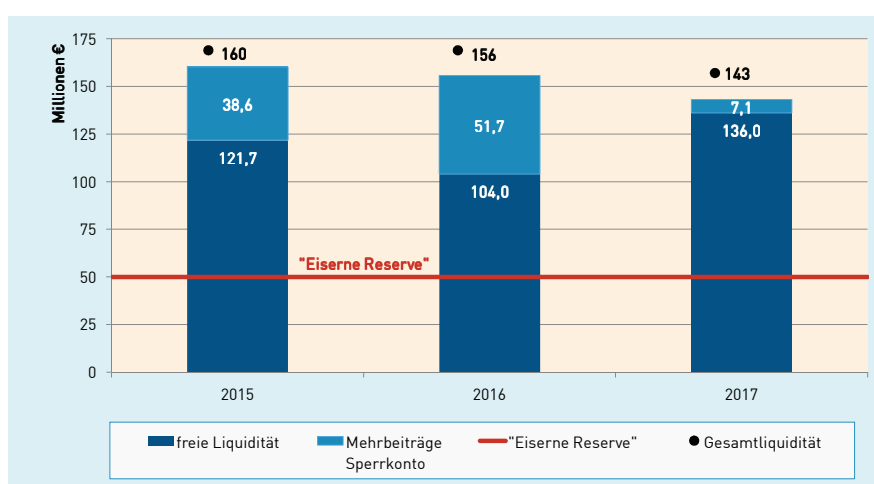
Aufwendungen und Erträge



6



Liquidität



7

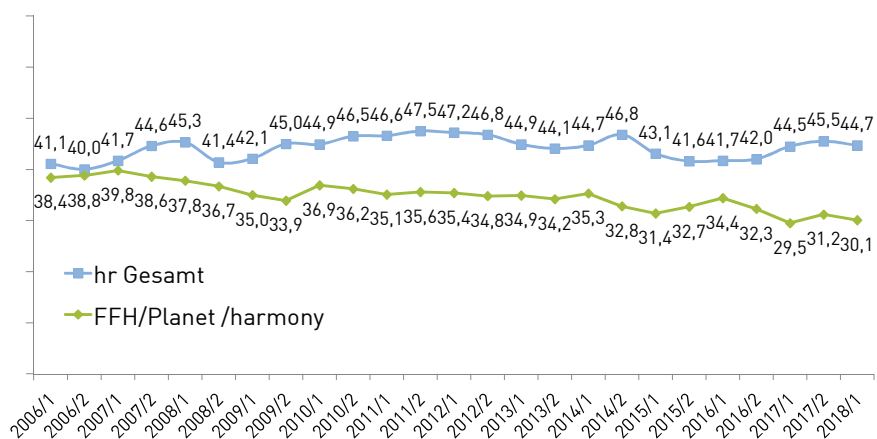


Der Abschlussprüfer BDO hat der Jahresrechnung und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 am 07. Mai 2018 den **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt.

8

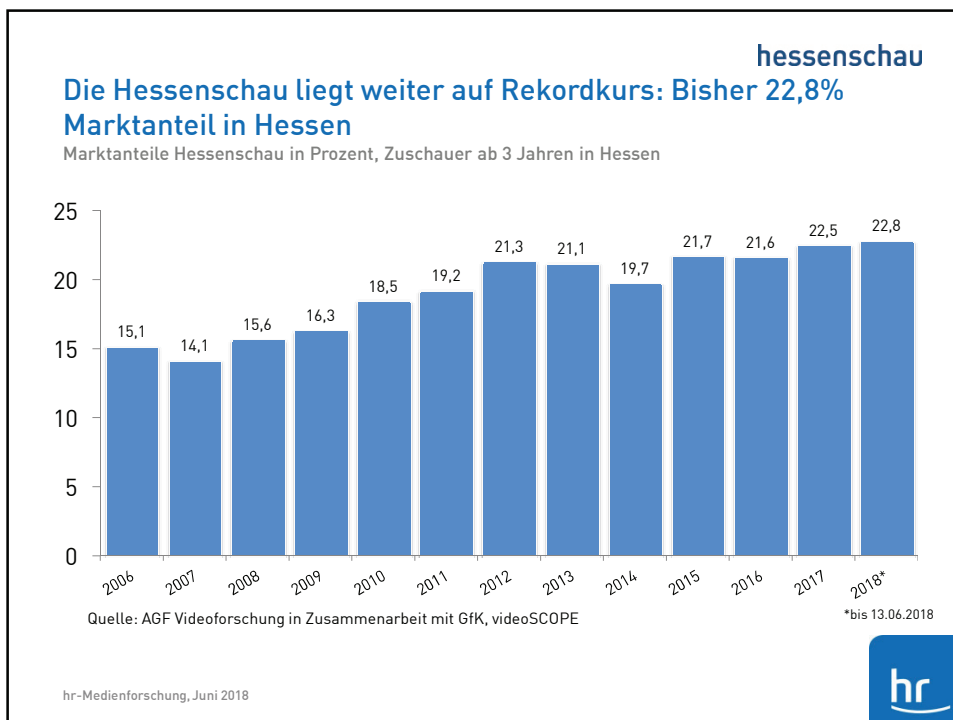
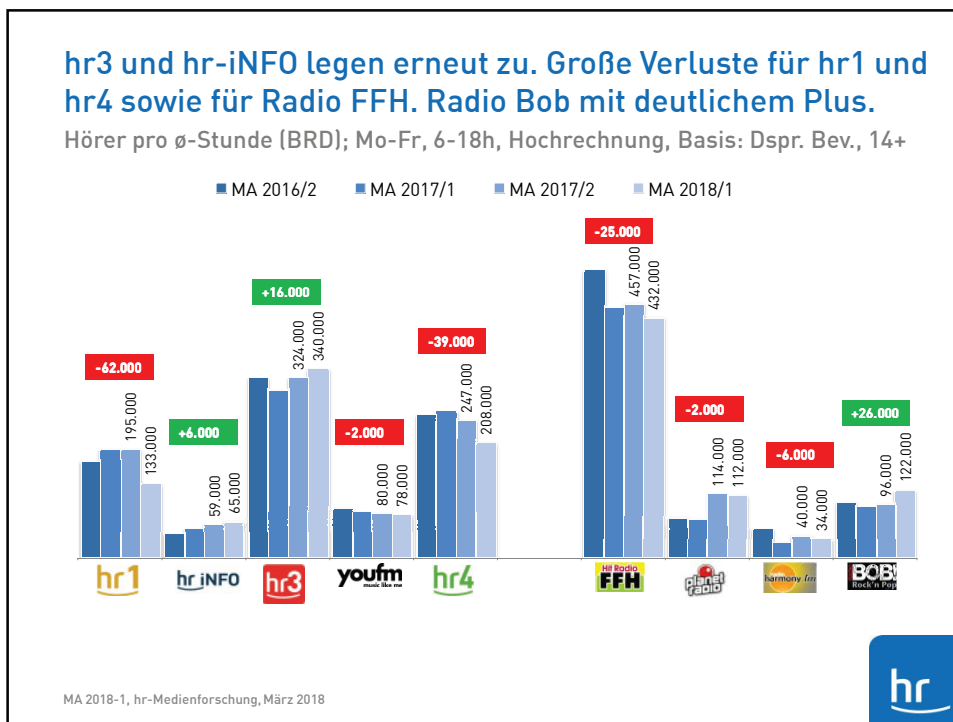


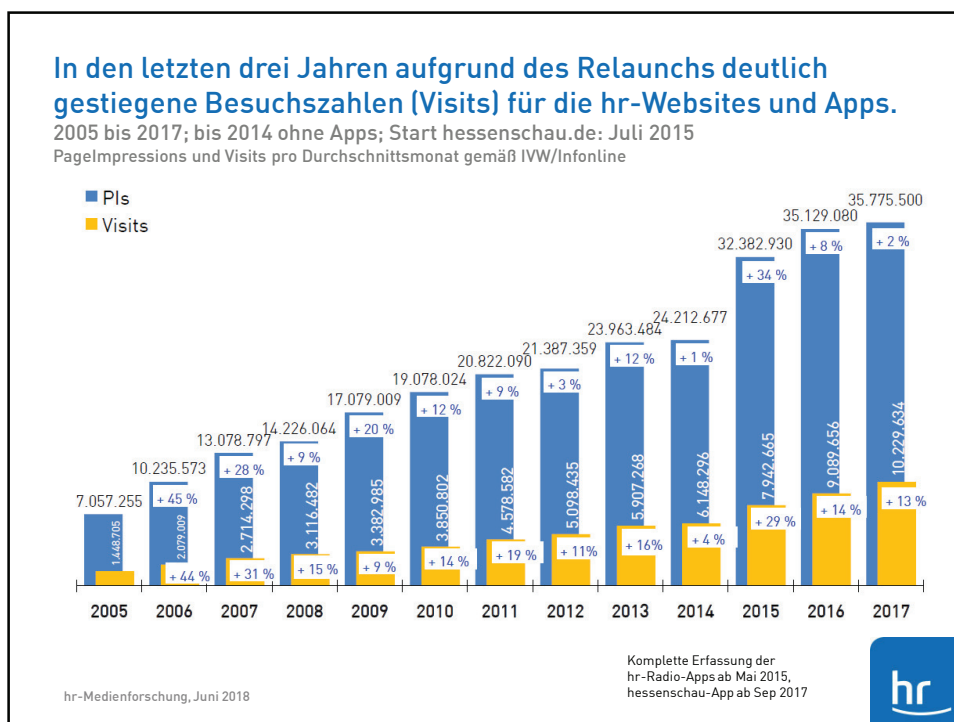
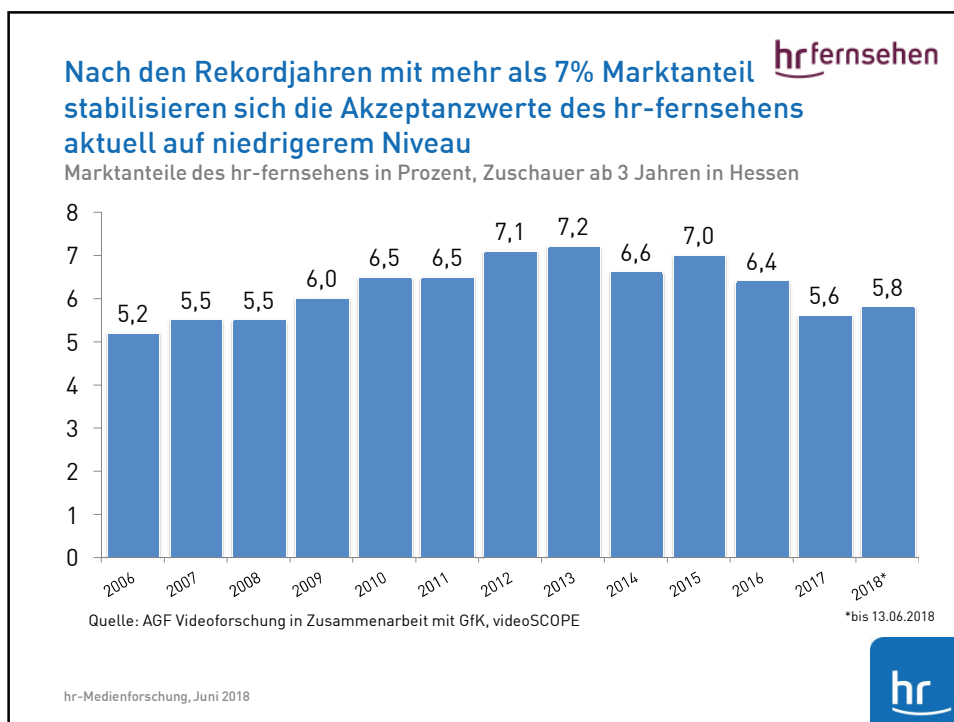
Radio: hr-gesamt und FFH-Gruppe aktuell im Minus. hr-Gesamt im langfristigen Schnitt, FFH-Gruppe darunter.
Hessen, Montag - Freitag, Tagesreichweiten in Prozent



MA 2018-1, hr-Medienforschung, März 2018

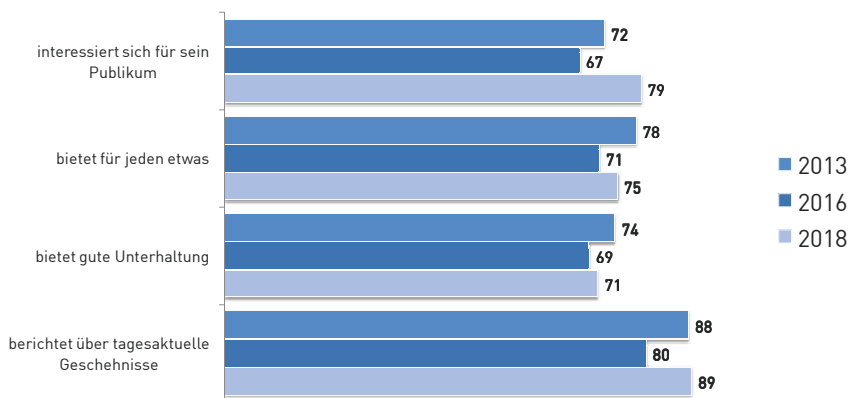






hr-Leistungen: Auch hier gute Werte, insbesondere bei der Publikumsorientierung verbessert.

Werte für Zustimmung voll und ganz / weitgehend, Hessen, ab 14 Jahren, in %



Frage: Jetzt geht es speziell um den Hessischen Rundfunk, HR. Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen zum Hessischen Rundfunk. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie einer Aussage zustimmen: voll und ganz, weitgehend, weniger oder gar nicht.

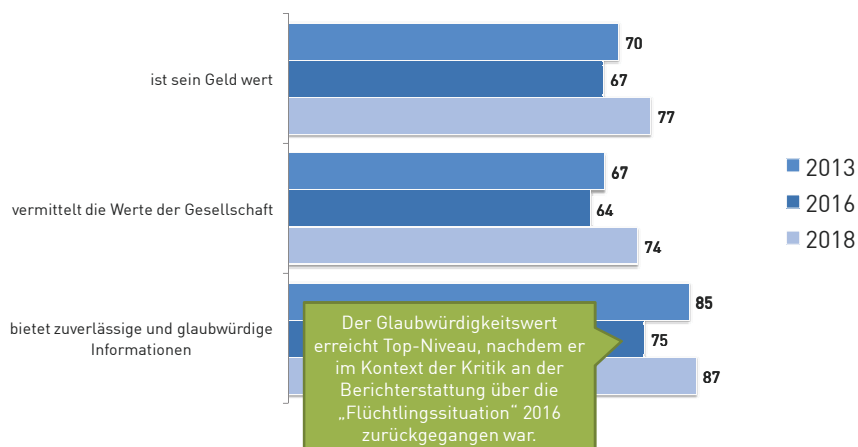
Beitragsakzeptanz, hr-Medienforschung, Mai 2018

14



hr-Image: 87% der Hessen bescheinigen dem hr zuverlässige und glaubwürdige Informationen. Insgesamt aktuell Top-Werte!

Werte für Zustimmung voll und ganz / weitgehend, Hessen, ab 14 Jahren, in %



Frage: Jetzt geht es speziell um den Hessischen Rundfunk, HR. Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen zum Hessischen Rundfunk. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie einer Aussage zustimmen: voll und ganz, weitgehend, weniger oder gar nicht.

Beitragsakzeptanz, hr-Medienforschung, Mai 2018

15



